

Deutsche Soldatenbündelei

Autor(en): **Thürig, Werner**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **31 (1952)**

Heft 4

PDF erstellt am: **03.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-336640>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ROTE REVUE

31. Jahrgang

April 1952

Heft 4

WERNER THÜRIG

Deutsche Soldatenbündelei

Bruch mit dem Militarismus?

«Das deutsche Volk darf versichert sein, daß wir bei einer Aufstellung deutscher Truppenkontingente Mittel und Wege finden werden, um Dinge einzuführen, die einen radikalen Bruch mit dem Militarismus der Vergangenheit bedeuten.» Diese sehr optimistisch klingende Erklärung gab der Bundestagsabgeordnete Blank, Sicherheitsbeauftragter der Bundesregierung, am 12. Januar 1952 vor dem Parteiausschuß der CDU.

«Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube» ist man geneigt mit Goethe auszurufen, wenn man diese Worte vergleicht mit dem Auftreten abgetakelter Generale und Obersten, dem noch immer stark vernehmbaren Zackzack weiter Kreise und dem preußischen Unteroffizierston vieler Ämterstellen.

Die politisierenden Offiziere sind zwar im Augenblick verstummt. Der mißglückte Startversuch im vergangenen Herbst und die in Deutschland selbst hervorgerufene Reaktion, besonders in der demokratischen Presse, brachte sie zum Schweigen. Für den Moment haben sie sich wieder etwas in die Mauselöcher zurückgezogen. Doch für wie lange Zeit?¹ Die augenblickliche Stille darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß in ihren Verstecken die ehrgeizigsten unter den ehemaligen Generälen sehnsüchtig darauf warten, wieder eine Rolle spielen zu dürfen. Äußerungen verschiedener Vertreter dieser militaristischen Kaste zeigten ihr großes Verlangen, gerade in der Frage des deutschen Verteidigungsbeitrages entscheidend mitzusprechen.

¹ Die neueste Erklärung des Fallschirmgenerals Ramcke, der bereits verschiedentlich in unliebsamer Weise von sich reden machte und zu den arrogantesten deutschen Militaristen gehört, beweist, daß unsere Skepsis mehr als berechtigt ist und die Nazigenerale wieder frech ihre Forderungen stellen, wenn sich ihnen nur ein bißchen Gelegenheit bietet.

Vor der Presse in Berlin tischte Ramcke in seiner Forderung nach einer Generalamnestie am 9. März 1952 die Behauptung auf, auch in der Schweiz würden sich noch 16 Kriegsgefangene befinden! Dieses Beispiel allein schon beweist, in welcher konfuse Weise deutsche Generäle Politik betreiben.

Die Erfahrungen in der Personalpolitik der Bundesregierung Adenauer können jedenfalls die Befürchtungen in keiner Weise beschwichtigen, es könnte die ehemalige Generalität — oder zumindest Teile davon — wieder zum Zuge gelangen. Man denke nur an die Restauration der «Wilhelmstraße». Doch nicht allein im Auswärtigen Amt kommen Leute unter, die bereits in der Hitler-Aera «getreu ihrem Eide» die Pflicht erfüllten. Dies ist selbst im Bundeskanzleramt der Fall. Der Mitverfasser und Kommentator der berichtigten Nürnberger Rassengesetze, Dr. Hans Globke, ist «Adenauers treuester Beamter», Ministerialdirektor, und gilt als die «graue Eminenz». Und den Bundesgrenzschutz, den man dem Bundesinnenministerium unterstellte und als Polizei bezeichnete, der aber verschiedene ausgesprochen militärische Merkmale aufweist, hat man dem Kommando des ehemaligen Generals Matzky überantwortet. Weshalb sollte denn gerade bei der Aufstellung der eigentlichen militärischen Verbände auf die «alten bewährten Fachleute» verzichtet werden?

Die Überschätzung der sogenannten Fachleute in Deutschland ist ohnehin noch immer weit verbreitet. Es ist daher sehr zu befürchten, daß der alte militaristische «Kommißgeist» von neuem seinen Einzug halten wird, falls es zur Aufstellung deutscher Truppenkontingente kommt.

Aus diesem Grunde ist es sicherlich nicht überflüssig, die Denkweise und die Methoden der im Grunde unpolitischen, vielmehr politisch-naiven «politisierenden» Generäle darzulegen.

Die Gründung der Soldatenbünde

Wie Pilze schossen im vergangenen Sommer Soldatenbünde aus dem Boden. Überall fanden Gründungen irgendwelcher Traditionsverbände statt. Diejenigen, die bereits bestanden, traten Morgenluft witternd in der Öffentlichkeit hervor. Alle gaben an, die «alte Kriegskameradschaft auffrischen» und die sozialen Belange ihrer Mitglieder vertreten zu wollen. Diese Begründungen erweckten in den kritisch eingestellten Kreisen von Anbeginn an Mißtrauen. Denn zur Auffrischung der Kameradschaft braucht es keine festen Bünde, und für die sozial empfindlichst getroffenen ehemaligen Soldaten bestanden bereits seit langem Organisationen. Der Verband der Kriegsverehrten und der Heimkehrerverband (Kriegsgefangene und Vermißte) lehnten eine organisatorische Verbindung mit den Traditionsverbänden entschieden ab und weigerten sich, dem am 8. September 1951 gegründeten «Verband deutscher Soldaten» beizutreten.

Es erübrigt sich, auf all diese Bünde einzeln einzutreten, die von den «Blitzmädeln» (ehemalige Wehrmachtshelferinnen) bis zu den «SS-Hilfsgemeinschaften» in Erscheinung traten. Die Hervorhebung der typischsten und einflußreichsten, ihrer Hintermänner und das Drum und Dran bei der

Gründung des Verbandes deutscher Soldaten» (VdS) sowie die Resonanz und Reaktion, die sie hervorriefen, vermag über die Tendenzen genügend auszusagen.

Unter den eigentlichen Soldatenbünden spielt die Vereinigung der Berufssoldaten eine maßgebende Rolle. Bei der Gründung des «Bundes versorgungsbedürftiger ehemaliger Wehrmachtsangehöriger» wurden nach außen die sozialen Belange in den Vordergrund gestellt. Ende Juli 1951 — am gleichen Sonntag hielt der ehemalige Fallschirmgeneral Ramcke seine berüchtigte Rede vor den «Grünen Teufeln» in Braunschweig — nahm dieser ursprünglich reine Berufssoldatenbund eine Namensänderung vor und bezeichnete sich als «Deutscher Soldatenbund». Klar war schon damals zu erkennen, daß das soziale Mäntelchen nur umgelegt wurde zur Gewinnung der notwendigen Zahl von Steigbügelhaltern für die zur Macht drängenden politisierenden Generäle. Die Maske war gefallen.

An der Spitze des «Deutschen Soldatenbundes», der damals rund 90 000 Mitglieder zählte, stand der 73jährige Exadmiral Hansen. Auf ihn fiel rasch ein eigenartiges Licht. In einem Rundschreiben an die Unterorganisationen wandte sich Hansen gegen die stark westlich eingestellten hitlerfeindlichen Offiziere, und in einem Brief an Bundesinnenminister Dr. Lehr beschwerte er sich darüber, daß bei der Anstellung und Unterbringung ehemaliger Soldaten die «Männer des 20. Juli» gegenüber den «Eidgetreuen» bevorzugt würden. Darin liege ein schweres Unrecht, und darüber hinaus sei zu befürchten, «daß für alle Zukunft im deutschen Soldatentum das Gefühl für die Heiligkeit des Eides geschwächt werde». Trotz solchen Äußerungen wurde Hansen bei der Bonner Regierung und vielen prominenten Politikern hoffähig.

Die Gründung des «Verbandes deutscher Soldaten»

Der «Schutzbund ehemaliger deutscher Soldaten» des bayrischen Gebirgsjärgergenerals Krakau und des arroganten Obersten Gumbel als bayrischen Landesvorsitzenden fand mindestens so großes Wohlwollen bei der Bonner Regierung wie der Hansen-Bund. Der Grund lag in seiner Bekämpfung des «Ohnemich!» und in der Propagierung der Wiederbewaffnung. Zwischen den beiden Organisationen (Hansen-Bund und Krakau-Bund) wurde im April 1951 eine Vereinbarung getroffen, in der eine gemeinsame Organisation als wünschenswert und notwendig bezeichnet wurde. Mit andern Generälen, wie Hasso von Manteuffel, Ramcke, Crüwell, wurden Verbindungen aufgenommen, um deren Organisationen mit einzubeziehen.

Da aber jede Organisation eine maßgebende Rolle haben wollte — vielmehr die an der Spitze stehenden Generäle — spielten sich fast ein halbes Jahr lang Kulissenkämpfe ab, bis am 8. September in Bonn die Gründung erfolgte. Diese fand hinter verschlossenen Türen statt, wobei es sehr heftig

zugung, wie nachträglich zu vernehmen war. Es kam zu Auseinandersetzungen zwischen den gemäßigten und ordentlichen Generälen und den politisierenden ehrgeizigeren, wie Guderian, Ramcke, und den SS-Führern Hauser und Gille. Der inzwischen verstorbene Exgeneral Koller, der Exponent der gemäßigten Richtung, deckte in einem am 4. Oktober 1951 der «Süddeutschen Zeitung» gegebenen Interview die Hintergründe auf und verwies vor allem auf die gefährliche Tätigkeit des außerordentlich ehrgeizigen Panzergenerals Guderian, der starke Anlehnung bei den SS-Führern suchte. Aus seiner antiwestlichen und antidemokratischen Gesinnung machte Guderian nie ein Hehl. Es ist auch sehr bezeichnend, daß sein vor einiger Zeit erschienenes Buch «Erinnerungen eines Soldaten» in der «Deutschen Opposition», dem Blatt der nazistischen SRP, unter der Rubrik «Das gute nationale Schrifttum» angepriesen wurde.

Das Übergewicht der Generäle kam in der Zusammensetzung des provisorischen Präsidiums deutlich zum Ausdruck. Von den 26 Mitgliedern stehen 16 im Generals- oder Admiralsrang, dazu kommen zwei SS-Führer. Nach der «Deutschen Soldatenzeitung» sollen 60 Prozent der Tagungsteilnehmer Offiziere und 40 Prozent Unteroffiziere gewesen sein. Ramcke, Guderian oder Manteuffel wurden doch als zu einseitig und nach außen als zu anmaßend angesehen, um den Vorsitz übernehmen zu können. Die radikalen Elemente aber wollten einen Exponenten der gemäßigten Richtung nicht akzeptieren, deshalb erkor man den Generalobersten a. D. Hans Frießner, ein bis dahin unbeschriebenes Blatt. Das war eine reine Verlegenheitslösung. Koller bezeichnete denn auch in seinem bereits erwähnten Interview Frießner als eine Strohpuppe der Guderian und Konsorten.

Die Ziele des «Verbandes deutscher Soldaten»

wurden in einem Siebenpunktprogramm niedergelegt. Man bemühte sich darin zu betonen, der Verband stehe jenseits aller Parteipolitik, stehe für den Aufbau und den Bestand des demokratischen Staates ein, erstrebe die Einheit Deutschlands, erkenne die Notwendigkeit der Verteidigung der Heimat unter den gleichen Voraussetzungen wie die übrigen Völker und kämpfe für die Wiederherstellung der bisher vorenthaltenen Rechte der ehemaligen Soldaten, ihrer Angehörigen und Hinterbliebenen. Der mehrere Tage nach der Gründung veröffentlichte Aufruf erregte mit Recht viel Aufsehen und Kritik, begann er doch mit den Worten: «Getreu unserem Eid . . .» Und bekanntlich lautete dieser Eid: «Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, daß ich dem Führer des deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem obersten Befehlshaber der Wehrmacht, unbedingten Gehorsam . . .».

Dieser Fahneneid scheint die einzige geistige Heimat des deutschen Berufssoldaten zu sein. Wie es in einer deutschen Zeitung hieß, bindet und löst dieser Eid gleichzeitig. «Er bindet sie (Berufssoldaten) an den Befehl des

obersten Kriegsherrn und löst sie aus der Verantwortung gegenüber dem eigenen Volk.»

Frießner als Hitler-Krieg-Verteidiger

Mit lauter Propaganda suchte sich das Präsidium des «Verbandes deutscher Soldaten» hoffähig zu machen. Nacheinander wurde der kommissarische Vorsitzende Frießner von Bundespräsident Heuß, Bundeskanzler Adenauer und Dr. Kurt Schumacher empfangen. Teuer und fest versicherte er, sein Verband wolle sich jeder Politik enthalten.

Doch schneller als diese Prominenten gedacht und Frießner selber gehant, glitt er auf dem Parkett des französischen Klubs «Redoute» in Godesberg gehörig aus. Vor in Bonn akkreditierten Auslandsjournalisten leistete sich Frießner am 21. September eine Entgleisung nach der andern.

Der weißhaarige, braungebrannte und korpulente ehemalige deutsche General machte an sich keinen unsympathischen Eindruck. Doch ist er der Typus des wilhelminischen Berufsoffiziers, dem Soldatentum über alles geht, anderseits aber von einer erschreckenden politischen Unkenntnis und Naivität. Er sei nicht Politiker, sondern Soldat, und der Soldat nehme ohne jeden Vorbehalt zu den Dingen Stellung. Mit diesen einleitenden Worten glaubte Frießner wohl schon zu Anfang seine «polternde Politisiererei» rechtfertigen und entschuldigen zu können.

Frießner gehört zu jenem Kreis von Deutschen, die im öffentlichen Leben auftreten und damit eine bestimmte politische Rolle spielen, dabei aber immer betonen, nicht Politiker sein zu wollen. Auf der einen Seite ist für sie Politik ein Beruf, in den sie nicht einsteigen möchten, auf der andern Seite politisieren sie frischfröhlich ohne grundlegende Kenntnisse drauflos, wobei sie alle mildernden Umstände für sich geltend machen. Es ist jener Kreis, der bewußt undemokratisch ist oder gar nicht merkt, wie wenig er von Demokratie versteht.

Mit keinem einzigen Wort distanzierte sich Frießner vom verbrecherischen Naziregime, keine Silbe verlor er über die Konzentrationslager und die Menschenverachtung der Himmler-Schergen, die während Jahren Andersgesinnte verfolgten, verschleppten und mordeten! Dafür aber glaubte er mit starken Worten sich gegen die heutigen Verhältnisse wenden und für die als Kriegsverbrecher inhaftierten Generäle einsetzen zu müssen. Die Soldaten seien für die Entschlüsse der Politiker nicht verantwortlich, deshalb beschwerte er sich heftig, daß sie in der Nachkriegszeit in den gleichen Topf geworfen wurden wie die Politiker des Dritten Reiches. «Hundsgemein hat man die Soldaten behandelt», rief er wütend aus. Auch kann Frießner nicht verstehen, daß man vor allem im Ausland heute noch von Nazigenerälen spreche. Alle hätten ja nur in Anstand ihre Pflicht erfüllt. Natürlich wandte er sich auch dagegen, daß sie, die bis zum letzten Atemzuge im Felde stan-

den, als Kriegsverlängerer bezeichnet würden. Hätten sie nicht bis zum letzten Augenblick standgehalten, dann wären die Bolschewisten bis zum Atlantik vorgerückt! Für ihn stand fest, daß der Krieg gegen die Sowjetunion habe geführt werden müssen, um einem russischen Angriff zuvorzukommen.

Den Höhepunkt seiner Rechtfertigungsrede erreichte Frießner, als er den Überfall auf Polen als notwendig hinstellte — damit deutlich zeigend, wie sehr die Lügen Goebbels' auf fruchtbaren Boden fielen —, um die Grenzbevölkerung vor den zahlreichen polnischen Überfällen zu schützen, weil eine gütliche Regelung nicht mehr möglich gewesen sei.

Wenn er auch nicht gerade gegen die Attentäter vom 20. Juli 1944 polemisierte, so gab er doch deutlich zu verstehen, daß er sowohl das Vorgehen wie den Zeitpunkt in keiner Weise billigen könne. «Als Soldat lehne ich den politischen Mord ab, insbesondere in einer Lage, wo ich an der Front stehe und es um Sein oder Nichtsein geht. Ein Soldat hat kein Verständnis dafür, daß sein oberster Kriegsherr ermordet werden soll. Andererseits weiß ich jetzt mehr als damals und muß den Leuten vom 20. Juli unterstellen, daß sie aus einer inneren Verpflichtung ihres Gewissens und aus Patriotismus zu diesem Entschluß sich schwer durchgerungen haben.»

Damit waren die Masken endgültig gefallen, alle Vernebelungsversuche, Richtigstellungen und Erklärungen vermochten nichts mehr zu korrigieren. Es braucht kaum erwähnt zu werden, welchen Eindruck diese Ausführungen Frießners bei den anwesenden Auslandsjournalisten hinterließen. Das Echo in der Welt war dementsprechend.

Immerhin, wenige Tage später fand es Oberst a. D. Gümbel, ein weiteres Mitglied des provisorischen Präsidiums des VdS, angebracht, Frießners Auffassungen noch zu bestärken. Heftig wandte er sich gegen die Leute des 20. Juli. Ihr Tun dürfe man nicht von politischen, sondern nur von soldatischen Gesichtspunkten aus beurteilen. Bestimmt hätten sie aus Patriotismus und Idealismus das Opfer einer Absage an die ewigen Gesetze des Soldatentums gebracht. Man müsse aber jetzt von ihnen erwarten, daß sie das gleiche Opfer brächten und jeden Versuch unterließen, in dieses Soldatentum zurückzukehren. Ihre Rückkehr könnte zu einer *Gefährdung des soldatischen Geistes führen, ohne den ein deutscher Wehrbeitrag undenkbar sei!*

Mit andern Worten heißt das: *Restauration des alten preußischen Militärgeistes mit Hilfe der «Eidgetreuen»!*

Regierung und Opposition zu den Soldatenbünden

Bevor Frießner seine mißglückte Rede gehalten, fand der «Verband deutscher Soldaten» (VdS) in Bonner Regierungskreisen großes Wohlwollen. Bundeskanzler Dr. Adenauer — wie auch Vizekanzler Blücher — begrüßte den Zusammenschluß der Soldatenbünde sehr, weil sich der VdS für den

bestehenden Staat aussprach und für die Verteidigung und Wehrbereitschaft eintrat. Im Bad Ems, wo einige Tage nach der Gründung des VdS die «Arbeitsgemeinschaft europäischer Christlich-Demokratischer Parteien» tagte, versuchte Adenauer, seine ausländischen politischen Freunde zu beschwichtigen und die Soldatenbünde zu verharmlosen. Die Furcht des Auslandes, das in der Bildung der Soldatenbünde das Wiedererwachen des deutschen Militarismus sehe, sei unbegründet. Sie bedeuteten für den demokratischen Westen keine Gefahr. Auch hier ein sehr leichtfertiger Zweckoptimismus des Kanzlers!

Nach der Rede Frießners, die sowohl in der in- wie ausländischen Presse eine heftige Reaktion erzeugte, verhielt sich Adenauer vorerst still. Erst auf Druck der Hochkommissare hin erfolgte eine sehr laue Erklärung der Bundesregierung. In dieser Stellungnahme vom 2. Oktober, mehr als zehn Tage nach der Rede Frießners, wird einleitend auf die Aufmerksamkeit und das Verständnis der Bundesregierung bei der Bildung der Soldatenbünde sowie die freiwilligen Zusicherungen, die die Vertreter des VdS, darunter Frießner, dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler gaben, hingewiesen, und zum Schluß fast in weinerlichem Tone ausgeführt: «In den letzten Wochen sind jedoch von verschiedenen Sprechern des Soldatenverbandes Äußerungen getan worden, die mit den früheren Erklärungen nicht vereinbar sind. Es ist durch sie die Gefahr eines inneren Zwiespaltes entstanden, und der Kampf um das Ansehen des deutschen Volkes in der Welt ist ernstlich erschwert worden. Die Bundesregierung bedauert dies und ist der Ansicht, daß die politische Betätigung nicht Aufgabe solcher Verbände ist.»

Großes Befremden mußte einem Sozialisten ebenfalls die Haltung Schumachers bereiten. Zwar erhob er anfangs wie der gesamte Parteivorstand warnend die Stimme gegen eine mögliche Politisierung dieser Soldatenbünde. «Ein soldatischer Geist hat im politischen Leben Deutschlands keinen demokratischen Platz», erklärte der Präsident der SPD. Aber erstaunlicherweise verloren diese Bedenken bei Schumacher ihren Gehalt, nachdem sich herausstellte im gemeinsamen Gespräch zwischen Frießner und Dr. Schumacher, daß beide in der Auffassung über die Voraussetzungen des Verteidigungsbeitrages übereinstimmten. Schumacher nahm in verschiedenen Pressekonferenzen Frießner insofern in Schutz, als er dessen mißglückte Ausführungen vor der Auslandspresse verharmloste.

Der Grund für diese Einstellung Schumachers liegt vor allem in der Übereinstimmung mit Frießner in solchen Punkten begründet, wo er gleichzeitig eine gänzlich abweichende Meinung zum Bundeskanzler vertritt. Die Opposition gegen den Kanzler ist also weit stärker als gegen die Generäle. Diese Behauptung findet ihre Bestätigung in der letzten Nummer (Februar) der «Sopade» (Sozialdemokratische Parteikorrespondenz). In einem Aufsatz über die Soldatenbünde wird ebenfalls die Übereinstimmung Frießners und

Schumachers in bezug auf die außenpolitischen Voraussetzungen eines deutschen Verteidigungsbeitrages erwähnt und dabei ausgeführt: «Möglicherweise haben ihm (Frießner) diese Bemerkungen mehr Antipathien eingebracht als seine Antworten auf die Fangfragen der Vertreter der Auslandspresse.»

Diese Haltung Dr. Schumachers und des Parteivorstandes finden wir nicht nur tief bedauerlich, sondern sehr gefährlich für den Bestand der deutschen Demokratie.

Sehr bedauerlich finden wir es auch, daß sich die «Sopade» teilweise in das Fahrwasser des halbfaschistischen «Fortschrittes» begibt und gleich dem Fabrikanten Spindler und der neoeuropäischen und neonazistischen «Deutschen Soldatenzeitung» von Fangfragen der Auslandspresse, die Frießner zum Straucheln gebracht hätten, und von einem «vereinten Trommelfeuer interessierter Kreise» schreibt. Eine solche Darstellung des Sachverhaltes ist völlig unwahr. Wir Auslandsjournalisten — der Schreibende war bei dieser Pressekonferenz wie bei vielen andern derartigen Zusammenkünften anwesend — erteilten Frießner das Wort zu einleitenden Ausführungen, wie ein halbes Jahr zuvor auch Schumacher. Wenn Frießner, der fast eine Stunde lang polterte, bevor nur die erste Frage gestellt wurde, in seiner Unbeholfenheit ausglitt, dann ist es völlig abwegig, die Auslandsjournalisten zu beschuldigen, sie hätten ihm bewußt Fangfragen gestellt, um ihn hineinzulegen und auf diese Weise unschädlich zu machen! Eine solche Methode des politischen Kampfes, d. h. der völlig unwahren Behauptungen, wirft ein ganz bedenkliches Licht auf das politische Leben Deutschlands.

Das Echo in der Presse

Aber mit großer Genugtuung darf verzeichnet werden, daß die demokratischen Tageszeitungen sich ganz anders verhielten. Die sogenannte Lizenzpresse reagierte spontan und heftig auf die anmaßenden Ausführungen Frießners. Die Chefredaktoren selber griffen zu den Federn und wiesen die politisierenden Generäle in die Schranken. Doch nicht allein in redaktionellen Artikeln, ebenfalls in vielen Leserzuschriften wurde gegen die militaristische Arroganz Stellung genommen. Gleiches gilt für die gewerkschaftlichen Zeitungen und die Zeitschriften der Jugendorganisationen.

«Soldatenbündelei — ohne uns!» war der Tenor dieser Blätter, die den überraschten Generälen und Obersten deutlich die Leviten lasen. Entschieden wurde vor allem die Anmaßung abgewiesen, im «Namen der Soldaten» zu sprechen. «Wir haben denjenigen Leuten, die drei verschiedenen Systemen (gemeint sind Kaiserreich, Weimarer Republik und Drittes Reich; d. V.) immer aufs neue die Treue schwuren und auch dem vierten eilfertig ihre brachialgewaltige Ergebenheit versichern, nicht den Auftrag erteilt, in unserem Namen zu sprechen.» Mit vollem Recht durfte Exleutnant Dieter Fritko in der «Frankfurter Rundschau» und viele andere Journalisten diese Feststel-

lung treffen. Der VdS besaß kaum 150 000 Mitglieder, das ist nur rund 1 Prozent aller ehemaligen deutschen Soldaten! Zudem wurden nicht einmal die Mitglieder befragt, denn der Zusammenschluß und die Erklärung waren Angelegenheit des provisorischen Arbeitsausschusses, aber nicht eines von den Mitgliedern, d. h. ihren Delegierten gewählten Vorstandes.

Während die sogenannte Lizenzpresse und die der SPD nahestehenden Zeitungen wie manch andere klar demokratisch denkenden Blätter eindeutig gegen die politisierenden Militärs Stellung nahmen, polemisierte die neu-europäische, im SS-Stil gehaltene «Deutsche Soldatenzeitung» in verlogener Weise sowohl gegen die demokratische Presse Deutschlands wie vor allem gegen die Auslandspresse. Dieses Blatt «für Ehre, Recht und Freiheit, europäische Sicherheit und Kameradschaft» wurde natürlich sekundierte von all denjenigen Presseerzeugnissen, die von ehemaligen Nazijüngern redigiert werden.

Verfahrenre Situation

Eine Protestwelle auf die Ausführungen Frießners erfolgte aber auch in den Soldatenbünden selber. In Süddeutschland versuchte sich ein Landesverband nach dem andern selbständig zu machen. Man sprach zwar von einer Delegiertenversammlung, an der all diese Organisationsfragen besprochen werden sollten, doch diese Konferenz wurde immer wieder hinausgeschoben. Ob und wann sie überhaupt stattfinden wird, ist noch heute völlig ungewiß. Frießner selbst mußte nach langem Sträuben doch seinen Rücktritt nehmen (10. Dezember 1951). Ein Nachfolger wurde nicht bestimmt. Versuche, über den Goslaer Kreis des Grafen von Schweppenburg eine neue Organisation aufzuziehen, scheiterten. Gegenwärtig ist ein heilloser Gewirr. Weshalb aber das Bedürfnis nach einer zentralen Dachorganisation bestehen soll, wie man auch aus der Sopade herausliest, ist dem Schreibenden unverständlich.

Daß die Soldatenbünde nicht zum Zuge kamen, ist einmal der eigenen Dummheit und Ungeschicklichkeit ihrer politisierenden Generäle, die sich frühzeitig genug entlarvten, zu verdanken, nicht zuletzt aber der spontanen und eindeutigen Abwehr der Presse, die wußte, was für die aufzubauende Demokratie auf dem Spiele stand. Diese Haltung und der Erfolg sind doch sehr erfreuliche Lichtpunkte.